



Nummer 13 | November 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei ereignisreiche Wochen liegen hinter uns, die durch zwei Personalentscheidungen geprägt worden sind. Völlig unerwartet für die meisten von uns wurde Trump zum neuen Präsidenten der USA gewählt. Mein Kommentar: Gut, dass ich mit diesem Mann nicht verheiratet bin.

Ich hoffe, dass wir — trotz vermeintlicher Schwierigkeiten — eine

gute, durch Kontinuität und gegenseitige Achtung geprägte Zusammenarbeit hinbekommen werden.

Genauso überrascht hat mich die Entscheidung des CDU Bundesvorstandes und der Kanzlerin, für einen gemeinsamen Bundespräsidentenkandidaten Steinmeier zu votieren. Ein sicherlich integrierter und sympathischer Politiker und Mensch.

Aber ehrlich gesagt: Prof. Dr. Norbert Lammert wäre meine erste Wahl gewesen!

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und viel Freude an der neuen Nachrichten AG.

Thwe
Astrid Grotelueschen

Bund und Länder – Erfolge beim Finanzausgleich

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen ist es Bund und Ländern unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen gelungen, sich auf die Weiterentwicklung ihrer Finanzbeziehungen zu verständigen. Das ist ein großer Erfolg, denn jetzt gibt es Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Die Neuordnung war u.a. nötig, weil wichtige Regelungen Ende 2019 auslaufen. Außerdem hatten Bayern und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt und die Erwartung formuliert, dass ihre finanzielle Belastung deutlich reduziert wird.

Eine für alle Beteiligte sinnvolle Lösung war nur möglich, weil auf Bundesebene den Ländern finanziell sehr weit entgegengekommen wurde. Aber auch die Länder selbst haben schließlich strukturellen Verbesserungen zugunsten der Kompetenzen des Bundes zugestimmt. Ich finde es gut, dass jede

Seite Kompromisse eingegangen ist und damit Verantwortung übernommen hat. In Zukunft wird der Ausgleich der Finanzkraft der Länder im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer erfolgen. Vorher gab es nur den Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes wird dann in knapp vier Jahren rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Ich finde dieses Modell auch deshalb sinnvoller, weil die Länder ihrerseits die Schuldenbremse einhalten können, so wie es das Grundgesetz ab



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand: 14.01.2016 | Grafik: BR

2020 vorgibt. Ein „Stabilitätsrat“ überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse auf beiden Seiten

- Bund und Land. Ein besonderer Erfolg der CDU war es, die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen zu verbessern. Hierbei geht es darum, Transparenz zu schaffen über den Zweck der Bundesmittel, also: was genau wird wofür ausgegeben. Denn es gilt zu verhindern, dass Bundesgeld unkontrolliert irgendwo

im allgemeinen Landeshaushalt verwendet wird. Der Bundesrechnungshof erhält hierfür zusätzliche Rechte. Außerdem wird finanzschwachen Kommunen direkt geholfen, indem der Bund im Bereich der gemeindlichen Bildungs-Infrastruktur mitfinanzieren kann. Und für die öffentlichen Online-

Anwendungen wird ein zentrales Bürgerportal geschaffen, das auch die Länder einschließt. Bei der Steuerverwaltung wird schließlich die Rolle des Bundes gestärkt, z.B. beim IT-Einsatz. All diese Vereinbarungen begrüße ich sehr, denn sie sind ein starkes Zeichen für unsere föderale Handlungsfähigkeit.

Alleinerziehende besser absichern

Sie leisten die Erziehungsarbeit fast alleine, sind überdurchschnittlich häufig berufstätig, trotzdem sind zwei von drei Alleinerziehenden in Deutschland von staatlichen Hilfen abhängig. Wenn ein Elternteil dann auch noch keinen Kindesunterhalt zahlt, ist die finanzielle Situation verheerend.

Im Zuge der Neuordnung der Bundesländer Finanzen haben wir daher eine wichtige Anpassung des Unterhaltsvorschlusses für Alleinerziehende

vorgenommen. Betroffene Kinder werden künftig länger staatlich unterstützt, wenn ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt: Die Begrenzung der Bezugsdauer beim Unterhaltsvorschuss auf bislang sechs Jahre wird abgeschafft und die Altersgrenze des Kindes von bisher 12 auf 18 Jahre angehoben.

Mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses bekämpfen wir Kinderarmut und investieren in

die Zukunft von Jugendlichen. Für mich ist entscheidend: die Unterstützung muss zielgerichtet dort ankommen, wo sie gebraucht wird. Denn jedes Kind und jeder Jugendliche muss, trotz Trennung der Eltern, die Chance auf ein gutes Leben haben.

Daher begrüße ich den Beschluss der Bund-Länder-Konferenz, der ab 1. Januar 2017 in Kraft tritt und die notwendige Bereitstellung der dazu erforderlichen Finanzmittel.

Künftig ganz flexibel: Rente und Arbeit gleichzeitig

Am 21.10.2016 hat der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Flexi-Rente beschlossen. Das Gesetz wird im Jahr 2017 stufenweise in Kraft treten. Es setzt die Beschlüsse unserer Koalitionsgruppe vom November 2015, die wir als CDU von unserem Koalitionspartner eingefordert haben, konkret um.

Ziel ist es, dass Rentner zukünftig länger arbeiten dürfen – wenn sie wollen und können. So lässt sich durch die Flexi-Rente der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand fließender und individueller gestalten.

Vor Erreichen der Regelaltersgrenze besteht bislang die Möglichkeit des Bezugs von vorgezogenen Altersrenten ab dem 63. Lebensjahr als Vollrente oder Teilrente. Künftig soll es ab dem 63. Lebensjahr möglich sein, die Teilrente stufenlos zu wäh-

len, sie muss aber mindestens 10% betragen. So kann die Arbeitszeit neben der Rente flexibel gestaltet und dazu passgenau eine Teilrente z.B. von 30 % oder 40 % gewählt werden.

Künftig gilt: wer neben der Rente arbeitet, kann durch die „Flexi-Rente“ jetzt auch seine späteren Rentenansprüche weiter aufbessern, denn die „Flexi-Rente“ ermöglicht und belohnt längeres Arbeiten und schafft damit einen Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Denn: Wer den Rentenbeginn hinaus schiebt, erhöht seinen Rentenanspruch um 0,5 % pro Monat — 6 % pro Jahr. Hinzu kommen noch die Rentenversicherungsbeiträge aus der Fortsetzung der Beschäftigung.

Die Flexi-Rente soll zudem Frühverrentung vermeiden und die Anreize zum frühen „Job-Ausstieg“

minimieren. Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Altersrenten bleiben deshalb bestehen, das Hinzuverdienstrecht wird aber wesentlich vereinfacht. So bleibt Erfahrung und Wissen einer Fachkraft länger erhalten.

Jedes Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung soll gezielte Informationen darüber erhalten, wie sich das Vorziehen oder Hinausschieben des Rentenbeginns auf die finanziellen Leitungen auswirkt.

Die Flexi-Rente ist ein wichtiger Baustein bei unserer Arbeit an einer modernen Rente. Sie wird individuellen Lebensentwürfen gerecht und hält mit der veränderten Arbeitswelt Schritt. Ich habe mich als Wirtschaftspolitikerin und Mittelstandsvorsitzende für diese Regelung stark gemacht und hoffe, dass der Gestaltungsrahmen von vielen genutzt werden wird.

„Nein!“ zur Kinderehe

Die Bundesbeauftragte für Integration, Aydan Özoguz, hat mich vergangenen Woche mit ihren Äußerungen zur Kinderehe schockiert — und ich bin sicher, nicht nur mich. Bisher ist es möglich, dass 16- und 17-Jährige in Deutschland heiraten, wenn das Familiengericht es genehmigt. Wir wollen die Altersgrenze für die Ehemündigkeit auf 18 Jahre anheben.

Das Kindeswohl und der Schutz von Minderjährigen sollen immer Vorrang haben — eine Selbstverständ-

lichkeit, wie ich meine. Doch bei der Definition von Kindeswohl scheint es erschreckende Unterschiede zwischen der Auffassung der SPD und dem gesunden Menschenverstand zu geben.

So befürchtet Frau Özoguz, dass eine verheiratete 14-Jährige durch die Annullierung ihrer sogenannten Ehe ins „soziale Abseits“ gedrängt werden könne, und möchte zum „Wohle“ dieser Kinder die Kinderehe nicht komplett verbieten. In welches soziale Abseits werden

diese Kinder gedrängt? Was für ein Verständnis von Kindeswohl liegt diesem irrwitzigen Verständnis zu Grunde? Ich sage ganz klar: Wer Kinder zwangsverheiratet, wer mit Kindern Kinder zeugt, der muss bei uns in Deutschland im sozialen Abseits stehen! Es gilt: Kinderzwangsehen zu verbieten — und betroffenen Mädchen (und ihren Kindern) alle Hilfe zu Teil werden zu lassen, die sie benötigen. Nicht ein absurdes Verständnis von Ehe muss geschützt werden, sondern die Würde und freie Entfaltung der Kinder!

Nutzerfinanzierung unserer Bundesstraßen

Gute Straßen sind das Rückgrat wirtschaftlicher Infrastruktur. Um die Finanzierung der Bundesfernstraßen zu verbessern und damit eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu gewährleisten, will die Bundesregierung nun die Nutzerfinanzierung — LKW-Maut genannt — konsequent vorantreiben und auf alle Bundesstraßen erweitern.

Um den Verkehrszuwachs im Personen- und Güterverkehr bewältigen zu können, muss mehr noch als bisher in den Erhalt und in den Aus- und Neubau unserer Bundesstraßen investiert werden. Mit einer konsequenten Anwendung der Maut können größere Unabhängigkeit vom Bundeshaushalt und mehr Planungssicherheit für die Finanzierung von dringend erforderlichen Infrastrukturinvestitionen erlangt werden.

Doch auch wenn dieser Ansatz richtig und wichtig ist, so meine ich auch: Er darf nicht zu Lasten unserer regionalen Wirtschaft gehen. Insbesondere unsere Landwirte und unsere kleinen und mittleren Unternehmen, die auf eine Nutzung der Bundesstraßen in ihrer Umgebung nicht verzichten können und bereits viele Belastungen erfahren, müssen



ohne Mehrausgaben ihrer Arbeit nachkommen können. Auch die Versprechen, dass bei der Einführung einer Maut keine Mehrbelastungen für die deutschen Bürger entstehen und zudem jede Mehreinnahme zweckgebunden in die Zukunft unserer Mobilität gebunden werden muss, sind einzuhalten.

Nach monatelangem Streit wurde vergangene Woche ein Fortschritt in den Verhandlungen zwischen der EU und Deutschland erreicht. Dabei geht es unter anderem darum, günstigere Kurzzeittarife für Pendler und Touristen aus den EU-Staaten einzuführen. Zudem soll der 1:1 Ausgleich für deutsche Autofahrer bei der Kfz-Steuer angepasst werden. Eins steht fest: Das Thema bleibt spannend, und wir müssen für unsere Bürger und unsere Betriebe am Ball bleiben.

Daten und Fakten

Armut nimmt ab — Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland nimmt weiter ab. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamts ging ihr Anteil im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte zurück und erreichte mit 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch im europäischen Vergleich wider, wo der Durchschnittswert für alle Mitgliedstaaten bei 8,1 Prozent lag. Auch mit Blick auf Armutsgefährdung kann ein züversichtliches Resümee gezogen werden, denn in praktisch allen Altersgruppen ist die Gefahr der Armut in Deutschland niedriger als in den übrigen EU-Staaten. Wie die Erhebung zeigt, ist die Definition der Armutsgefährdung jedoch generell zu hinterfragen. Denn angesichts eines Grenzwertes von 1033 Euro monatlich verfügbaren Einkommens, unter welchem eine Einzelperson als armutsgefährdet gilt, umfasst der Wert von 16,7 Prozent den Großteil der Studierenden in Deutschland — eine Bevölkerungsgruppe, die sich selbst nicht als armutsgefährdet wahrnimmt und dieses auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht ist. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, Statistisches Bundesamt)

Mehr Förderung für Mittelstand und Bürger – KfW- Informationstermine im Wahlkreis

In der vergangenen Sitzungswoche stand mit dem Entwurf für das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2017 erneut die Förderung unserer Unternehmen im Fokus. Als Mitglied im Wirtschaftsausschuss und als Vorsitzende des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik freue ich mich in jedem Jahr, dass wir durch günstige Zinsen, lange Laufzeiten und Beteiligungskapital Mittel im Volumen von rund 6,8 Mrd. Euro bereit stellen können.

Besonders hervorheben möchte ich das Programm „Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen“ mit Mitteln in Höhe von 3890 Millionen Euro. In Deutschland starten pro Jahr 300.000 Neugründer durch, überwiegend mit bewährten Geschäftsideen. 15 % von ihnen entwickeln Neuheiten. Gerade diese sind wichtig, weil sie die Innovationskraft unserer Wirtschaft stärken.

Die klassischen Förderkulissen z.B. von Energieeffizienzmaßnahmen sind weiterhin berücksichtigt. Von denen können sowohl der Mittel-



Energetische Einsparmöglichkeiten und Förderung durch die KfW — das sind Themen der Info-Veranstaltungen im Wahlkreis.

Bild: KfW

Informations-Veranstaltungen im Wahlkreis:

- **Brake:** 15.11.2016, 17 Uhr, Wiechmann's Weser Hotel,
- **Kirchhatten:** 16.11.2016, 19 Uhr, Zum Deutschen Hause
- **Delmenhorst:** 16.11.2016 — Info für Mittelständler und Kommunen

stand als auch Bürger profitieren: Wärmedämmung von Wänden und Dächern, der Austausch der alten Heizungsanlage und die Erneuerung von Fenstern gehören zu den Klassikern. Zudem gibt es eine zunehmende Nachfrage an Förderprogrammen zum Thema Einbruch-

schutz und Umbau von Barriere reduzierenden Maßnahmen.

Gerne können Sie an den beiden öffentlichen Veranstaltungen in Brake und Kirchhatten teilnehmen. KfW-Abteilungsleiter Markus Merzbach wird Sie umfassend informieren.

Aufblähung des Bundestags verhindern – Reform nötig

Unser Bundestag platzt aus allen Nähten. Das klingt wie ein Scherz, ist aber leider Realität. Statt der ursprünglich vorgesehenen 598 Plätze sitzen derzeit mit mir zusammen 630 Abgeordnete im Bundestag, und möglicherweise werden es nach der Wahl 2017 noch mehr.

Grund dafür ist unserer komplexes Wahlgesetz, das viele zusätzliche Plätze durch Überhang- und Ausgleichsmandate ermöglicht. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert mahnt zur dringend notwendigen Reform. Ich befürworte eine solche Änderung uneingeschränkt, da wir mit der bisherigen Regelung nicht nur ein immer größer werdendes

Mandatsfeld, sondern auch einen nicht abschätzbaren Kostenapparat aufbauen. An jedem Mandat hängt ein Verwaltungsapparat mit Personal und Büros, der bedient werden muss. Bisher allerdings zeigten sich die anderen Fraktionen im Sinne von Dr. Lammerts Vorschlag wenig änderungswillig.

Wenn ein reformiertes Gesetz noch zur kommenden Bundestagswahl in Kraft treten soll, drängt die Zeit. Ich kann nur im Sinne der Bürger hoffen, dass hier noch rechtzeitig ein Umdenken erfolgt und wir im kommenden Jahr mit einem reformierten Gesetz den neuen Bundestag bilden werden.

Einladung zu „Reinhard Grindel im Talk“

Ich freue mich sehr, dass ich DFB-Präsident Reinhard Grindel für einen Nachmittag im Zeichen des Fußballs im Landkreis Oldenburg gewinnen konnte. Nach einem gemeinsamen Besuch beim ASV Ahlhorn gibt es eine öffentliche Veranstaltung in Wildeshausen:

**Donnerstag, 17.11.2016,
um 16.30 Uhr,
im Reitersaal der Gildestube,
Hannoverscher Hof,
Zwischenbrücken 14
27793 Wildeshausen**

Reinhard Grindel wird in lockerer Atmosphäre über König Fußball berichten und die eine oder andere Frage beantworten. Ich freue mich, wenn ich Sie an diesem Nachmittag begrüßen darf.

Modellflieger fürchten um ihr Hobby

Sie sind sehr beliebt und in jedem Elektronik-Markt erhältlich – die unbemannten Fluggeräte, auch Drohnen genannt. Doch die häufigen und unkontrollierten Flüge dieser Objekte führen zu immer mehr Zwischenfällen im Luftraum.

Das Bundesverkehrsministerium hat daher einen Verordnungsentwurf vorgelegt, der unter anderem eine Höhenbegrenzung vorsieht. Doch die Modellflieger wären auch davon betroffen, und sie sind sehr besorgt. Sie fürchten um die Zukunft ihres Hobbys, wie ich auch bei meinen Besuchen beim Elsflether Modellsportverein, beim Luftsportverein Delmenhorst und beim Modellflug



Jonas zeigte mir in Elsfleth seine Modellflug-Künste.

Club Dötlingen erfahren habe. Wenn Privatflüge mit Modellfliegern nur bis zu einer Flughöhe von

100 Meter über Grund erlaubt sind, würde dies das „Aus“ für die meisten der von Hobbyfliegern gesteuerten Geräte bedeuten. Denn in 100 Metern Höhe gebe es beispielsweise gerade die für Modellsegelflieger erforderliche Thermik gar nicht.

Zur der Problematik sind bei mir viele E-Mails eingegangen. Erste Gespräche habe ich bereits im Verkehrsministerium geführt, um für den in Kürze zu erwartenden zweiten Entwurf der Verordnung Änderungen zu erreichen. Gerne will ich mich in Berlin dafür einsetzen, dass die Vereine ihrem Hobby, Sport und auch Wettkämpfen ohne Einschränkungen nachgehen können.

FU Nordenham — 40 Jahre voller Engagement

Seit 40 Jahren gibt es sie – die Frauen Union Nordenham. Da konnte ich es mir natürlich nicht nehmen lassen, als Ehrengast eine Rede auf dem Fest zu halten.

Denn die Frauen Union Nordenham zeigt viel Engagement: Politik wird aktiv im Alltag gelebt. Und auch der Spaß kommt nie zu kurz – bei Fahrradtouren, Eierknobeln oder Kegeln. Meine Glückwünsche gingen an die Vorsitzende Sabine Dorn und an die Ehrenvorsitzende Ina Esche, die die FU Nordenham die 25 Jahre lang zuvor engagiert geleitet hat.

Der Frauenanteil in der CDU bundesweit liegt seit etwa 20 Jahren konstant bei 25 Prozent, mit leicht steigender Tendenz. Zur FU zählen



Glückwunsch an die Vorsitzende der FU Nordenham, Sabine Dorn.

derzeit 111.000 Mitglieder, davon 14.000 in Niedersachsen. Ich setzte mich dafür ein, dass mehr Frauen ihren Platz in der Politik finden. Umso mehr freue ich mich, dass die FU Delmenhorst und die FU Oldenburg Land wieder durchstarten, und dass vor 14 Tagen die FU Berne in meinem Beisein neu gegründet wurde. In diesem Sinne: „Wir packen's, Mädels!“

Unterwegs:

- 15.11.2016 - Zu Gast bei der Seniorenunion Delmenhorst
- 18.11.2016 Vorlesetermine in den Grundschulen Jaderberg und Sage sowie in der Kinderklinik Delmenhorst
- 21.-25.11.2016 - Sitzungswoche des Bundestags in Berlin



Astrid Grotelüschén MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969